

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 12

Artikel: Italia Sinistra : ein Bericht aus Rom
Autor: Kohák, Erazim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163226>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geschichte. An jenem Tag wird auch der umgestülpte Patriotismus überwunden sein.

¹Mit Erleichterung, aber auch mit leiser Trauer entdeckte ich in einem italienischen Badeort die Bezeichnung «gelati all'italiana», mit der ein argloser Händler stolz seine Produkte anpries. Das war aber auch das einzige Mal in meiner Erfahrung, dass der Ausdruck wie durch ein Wunder in den Augen der Provinzler auch eine positive Bedeutung haben konnte. – ²Die aufsehenerregenden Episoden von Ansteckung waren durch die verbrecherische Gleichgültigkeit einiger Gesundheitsinstanzen verschuldet und nicht durch einen generellen Zerfall des Gesundheitswesens in Italien. Die Lebenserwartung der Italiener liegt bei über 70 Jahren (42 Jahre um 1900). Die Sterblichkeit entspricht dem allgemeinen europäischen Stand (ungefähr zehn pro Tausend). – ³Vermutlich leben bei den Menschen der unteren gesellschaftlichen Schichten noch Gefühle der Verbundenheit mit dem Land und seinen Traditionen weiter, welche beim Grossteil des mittleren und gehobenen Bürgertums und besonders bei den Intellektuellen verschwunden sind. Der Haupteinfluss kommt aber von der füh-

renden Schicht und den «gebildeten Klassen», in welchen vermutlich die Rhetorik des verdrehten Patriotismus mehr gepflegt wird als in den sogenannten unteren Schichten. – ⁴Es ist merkwürdig, dass die Geschichtsschreibung der faschistischen Periode in den letzten Jahren den grössten Erfolg zu verzeichnen hat, vor allem dank der Bücher von Renzo De Felice. – ⁵Damit wird über die Notwendigkeit oder Richtigkeit des italienischen Eintritts in den Ersten Weltkrieg nichts ausgesagt. – ⁶Im Gegensatz zu einer verbreiteten Meinung ist das Fehlen militärischen Kampfgeistes, worunter Disziplin, Fähigkeit zur Organisation, Tüchtigkeit und Durchhaltefähigkeit zu verstehen sind, nicht mit persönlicher und kollektiver Feigheit zu verwechseln. In Italien war der «spirito militare» immer gering, aber es gab stets genügend tapfere, entschlossene Männer, und wenn die Truppen gut kommandiert wurden, verstanden sie es immer zu kämpfen. Dies konnte man sogar nach dem 18. September 1943 sehen.

ERAZIM KOHÁK

Italia Sinistra – ein Bericht aus Rom

Nichts vermag einen besseren Begriff von der italienischen Krise zu vermitteln als ein paar Wochen in Italien selbst, wenn man in den klapprigen Bussen fährt, sich mit der untauglichen Bürokratie herumschlägt, vernachlässigten Patienten in staatlichen Spitälern frische Wäsche bringt, in trostlosen kleinen Trattorien isst und in den schäbigen, unaufgeräumten Strassen

von den arroganten Reichen in ihren Alfa Romeos beiseitegehuppt wird. Hier geht es nicht um die Verteidigung christlicher Werte oder um die Wiedergeburt des Kommunismus: Hier geht es um die Suche nach einer handlungsfähigen Regierung, die endlich einmal regieren und nicht bloss amtieren würde.

Das haben die italienischen Wähler in den letzten Wahlen deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie stimmten nicht für das Spektrum winziger Parteien, die vielleicht am getreuesten ihre politischen Wünsche und Interessen vertreten hätten. Vielmehr warfen drei Viertel von ihnen ihre Stimmzettel zugunsten der beiden Parteien in die Urnen, die stark genug sein könnten, zu regieren. Rund 40% stimmten für die Christdemokraten, rund 34% für die Kommunisten.

Auf dem Papier sehen diese Ergebnisse aus wie das Werden einer wirk-samen Koalitionsregierung mit Unterstützung sowohl der Rechten wie der Linken, bei der ein vorherrschender Partner durch eine innere Opposition ausbalanciert wird und die ideal dafür ausgerüstet ist, die aufgehäuften Probleme aus Jahren der Nichtregierung in Angriff zu nehmen.

Dieses Argument sticht jedoch nur auf dem Papier – besonders wenn der Verfasser des Papiers ein Kommunist ist. In der Praxis ist eine grosse Koalition zwischen den beiden starken Parteien zutiefst problematisch. Der potentielle Seniorpartner, die Democrazia Cristiana, ging mit dem erforderlichen Stimmenzuwachs aus der Wahl hervor. Nur errang sie diesen Zuwachs auf Kosten der Splitterparteien der Mitte; was sie veranlasste, war nicht so sehr die wirkliche Anziehungskraft der DC, als die Abneigung der meisten Italiener gegen die kommunistische Alternative. Es ist ein Mandat für eine Neugeburt der Christlich-Demokratischen Partei, aber schwerlich für eine Koalition mit den Kommunisten.

Genügt das Mandat? Gewiss, die Democrazia Cristiana ist bei all ihren Missständen der letzten Jahre noch immer eine eindruckliche politische Macht. Anders als die meisten europäischen Parteien, ist sie keine ideologische Sekte, sondern eine höchst pragmatische politische Organisation, die ein weites Feld ideologischer Präferenzen in ein gemeinsames, praktisches politisches Interesse zusammenfasst.

In den Nachkriegsjahren war es die von den Christdemokraten beherrschte Kunst des *sottogoverno* – hinter den Kulissen durch kluges Ausbalancieren von Vergünstigungen und Verpflichtungen dafür zu sorgen, dass etwas unternommen wird –, die wahrscheinlich die italienische Demokratie gerettet hat. Ohne sie hätte die Lücke, die der Zusammenbruch der faschistischen Organisation hinterliess, sehr wohl von der einzigen ebenfalls vorhandenen Organisation ausgefüllt werden können: der Kommunistischen Partei. Wäre das geschehen, so stünden die jetzigen kommunistischen Führer

heute genauso als Märtyrer da wie ihre osteuropäischen Kollegen. Statt dessen sind sie wohl auf und lebendig und frei, in eine Wahl zu steigen. Das ist eine grosse Leistung.

Doch das *sottogoverno*, das die Amerikaner als Parteimaschinen-Politik kennen, hat ebenso viele Nachteile wie Vorzüge. Es ist eine Möglichkeit – vielleicht die einzige –, die Demokratie in einer Gemeinschaft ohne staatsbürgerliches Bewusstsein zum Funktionieren zu bringen. Aber es ist auch notorisch anfällig für Korruption. Nach einigen Jahren der Macht wird *sottogoverno* zu *malgoverno* – und die Christdemokraten sind seit dreissig Jahren an der Macht.

Bei der Elastizität der DC ist die ihr von den Wählern aufgetragene Verjüngung vielleicht noch möglich. Das allein aber, so entscheidend es für die Neugeburt Italiens ist, genügt nicht. Die Aufgabe erfordert mehr als eine nominelle parlamentarische Mehrheit. Um Italiens zweistellige Inflation in den Griff zu bekommen, seine aufgeblähte Administration zu revidieren, sein Wohlfahrtssystem zu erneuern, seine wichtigsten Industrien, die praktisch alle in Staatsbesitz sind, auf eine gesunde Basis zu stellen und die chaotischen Kleinunternehmen zu rationalisieren, von den Gewerkschaften und den arroganten Reichen ein Minimum an staatsbürgerlichem Verantwortungsgefühl zu erzwingen – für das alles würde selbst eine gründlich verjüngte Democrazia Cristiana tiefgreifende Unterstützung von links benötigen.

Leider können die naheliegenden Partner, die verschiedenen demokratisch sozialistischen Parteien, ihr diese Unterstützung nicht geben. Sie sind zahlenmässig zu schwach für die Wahlen. Zwar zählen sie einige der angesehensten Persönlichkeiten Italiens zu den Ihren – Giuseppe Saragat beispielsweise ist Sozialdemokrat – und verfügen teilweise über den klarsten, nüchternsten Einblick in die Probleme ihres Landes, aber sie gewinnen keine Stimmen, und ihnen fehlen die volkstümlichen Organisationen, die sie ihnen bringen könnten.

Der Fehler liegt nicht nur bei ihnen. In einem Land ohne Tradition des privaten Einsatzes für öffentliche Anliegen ist es so gut wie unmöglich, ohne Hilfe von aussen solche Basis-Organisationen aufzubauen. Die Kommunisten bekommen diese Hilfe von der Sowjetunion. Wie Michael Ledeen und Claire Sterling nachgewiesen haben, verlagerte sie sich in den letzten Jahren von direkten Zuschüssen auf Provisionen aus dem lukrativen italienisch-sowjetischen Handel, aber die Beträge sind nach wie vor erheblich. Die Christdemokraten ihrerseits erhielten Unterstützung von Amerika. Es war weniger und von kürzerer Dauer, doch konnte die DC als regierende Partei das mit Zuwendungen von Gönnern und Geschäften aufrunden.

Die Sozialisten waren niemandes Liebling. Die Sowjets hassten sie. Die

Amerikaner, obwohl von zu Hause an ein Zweiparteiensystem gewöhnt, waren nicht weitsichtig genug, sowohl in eine demokratische Mehrheit als auch in eine demokratische Opposition zu investieren. Auf sich allein gestellt, bauten die Sozialisten nie eine extensive Basisorganisation auf. Ausserdem erlitten sie wie alle kopflastigen Bewegungen, die von der praktischen Politik ausgeschlossen sind, eine Reihe theoretischer Aufspitterungen. Eine davon vernichtete die Sozialisten als einheitliche Alternative. Heute sind die sozialistischen Parteien Italiens als politische Kraft einfach nicht von Belang, und sie dürften es auch kaum werden, es wäre denn, die übrigen sozialdemokratischen Parteien Europas unternähmen eine gemeinsame Anstrengung, ähnlich wie in Portugal. Ob gut oder ungut, die einzige bedeutende Kraft auf der linken Seite ist die Kommunistische Partei (PCI).

Da liegt der Hase im Pfeffer: Bei allen demokratischen Beteuerungen ihrer Führer ist und bleibt die PCI ein problematischer Partner für eine Bewegung, deren Hauptanziehungskraft darin bestand, dass sie eine Alternative zum Kommunismus war. Im Gegensatz etwa zur Kommunistischen Partei Frankreichs ist die PCI nie bloss ein blindes Instrument Moskaus gewesen. Die Parallele zwischen Lenins Kommunismus und Mussolinis Faschismus ist allzu deutlich – und mit dem Faschismus haben die italienischen Kommunisten ihre Erfahrungen gemacht. Ihr erster Führer, Antonio Gramsci, schrieb die meisten seiner Werke in einem von Mussolinis Gefängnissen. Wäre Lenin sein Kerkermeister gewesen, so hätte Gramsci keine grosse Chance gehabt, zu schreiben – oder am Leben zu bleiben. Das hat die PCI nicht vergessen. Selbst Carlo Pajetta, der bei inneren Angelegenheiten die harte Linie vertritt, unterstützt das Bestreben der einzelnen kommunistischen Parteien nach Unabhängigkeit von Moskau ebenso, wie es Palmiro Togliatti tat, der Parteiführer der Nachkriegszeit. In diesem Punkt ist die PCI wirklich anders.

Der gegenwärtige Vorsitzende, Enrico Berlinguer, lenkt seine Partei sogar noch weiter in die demokratische Richtung. In einer Rede nach der andern, auch in denen an seine Anhänger, betont er, dass Demokratie eine notwendige Voraussetzung zum Sozialismus sei. Er hat seine Partei verpflichtet, individuelle Rechte zu wahren, demokratische Normen zu respektieren und zu unterstützen und die vollen Rechte der Opposition auszuüben, einschliesslich des Rechtes, eine neue Mehrheit zu werden. In einem im *Corriere della Sera* veröffentlichten Interview gestand er sogar die Notwendigkeit des Schutzschildes der NATO ein, um seinen demokratischen Kommunismus vor dem Schicksal Dubčeks zu bewahren. Der Wandel geht tief: Berlinguer ist kein rhetorischer Revolutionär, der nach einer mystischen «Macht» greift. Er ist ein Politiker, der ein Amt in einer Demokratie anstrebt und dem es ein Anliegen ist, diese zu bewahren.

Bedauerlicherweise ist die Partei, der er vorsteht, weit davon entfernt, demokratisch zu sein, und wenn sie es wäre, würde sie, wie der österreichische Kanzler Bruno Kreisky betont, viel von ihrer Relevanz verlieren. Italien ist ein Land, das einen unglaublich schnellen Modernisierungsprozess hinter sich bringt. Ein grosser Prozentsatz seiner Wähler sind Leute, die abrupt ihrer traditionellen Überzeugungen und Gemeinschaftszwänge beraubt wurden. Sie sind oft entwurzelt, bestürzt und verwirrt und kaum bereit für die Verantwortung, die die Sozialdemokratie mit sich bringen würde. Sie wenden sich der Kommunistischen Partei zu, gerade weil sie *nicht* demokratisch, sondern diszipliniert und hingebungsvoll ist und ihnen so gut sagen kann, was sie glauben und was sie tun sollen.

Ein weiterer Punkt: Wie alle Staaten im Übergang, ist auch Italien ein Land der dramatischen sozialen Kontraste. Nirgendwo in Europa sind die Reichen so anmassend und protzig wie hier. Zwar ist die effektive Lösung undramatisch: ein progressiver Steuersatz mit spezieller Aufmerksamkeit gegenüber ostentativem Luxus, zum Beispiel die Besteuerung persönlichen Eigentums, von der «normale persönliche Habe» ausgenommen ist. Aber die spontane Reaktion auf die Arroganz des Reichtums ist emotional. Die Kommunistische Partei gewinnt Anhänger, indem sie das Bedürfnis nach revolutionären Sprüchen befriedigt. Sollte sie zugunsten konsequent demokratischer Schritte davon abrücken, käme sie diesem Bedürfnis nicht mehr entgegen.

Leider sind Sprüche, Hingebung und Disziplin im Kommunismus nicht nebensächlich. Sie sind vielmehr genau das, was die kommunistische Version des «Sozialismus» von der demokratischen unterscheidet. Die dialektischen Windungen marxistischer Akademiker und Filmregisseure sind Spiele der Privilegierten, die mit politischer Wirklichkeit nichts zu tun haben. Auch das kommunistische Parteiprogramm ist alles andere als eindeutig. Die meisten Grossunternehmen Italiens werden bereits staatlich kontrolliert, die Kommunisten bejahen die Existenz kleinerer Privatunternehmen, und was soziale Fürsorge und leistungsfähige Verwaltung anbelangt, so setzt sich auch die Democrazia Cristiana dafür ein. Das einzige, was die Kommunisten attraktiv macht, wie schon die Faschisten vor ihnen, ist ihre sachliche Pose mit dieser Mischung von Sprüchen, Hingabe und Disziplin. Vielleicht löst diese Pose keine Probleme; vielleicht schafft sie sogar neue, wie bei den Sicherheitsausschüssen, zu denen die kommunistische Stadtverwaltung in Bologna Zuflucht nahm. Aber sie befriedigt ein tatsächliches emotionales Bedürfnis – und gewinnt Stimmen.

Das schliesslich ist der andere Unterschied. In einer stabilen, reifen Gesellschaft hätte der Tschechoslowake Dubček seine kommunistische Partei in eine demokratisch-sozialistische verwandeln können – und ohne die be-

waffnete sowjetische Intervention wäre ihm das auch gelungen. Seine Partei stand voll hinter ihm, oft sogar vor ihm: In der Tschechoslowakei ist der Kommunismus mit seiner Disziplin und Selbstverleugnung ein lächerlicher Anachronismus. In Italien ist er das leider nicht und wird es vielleicht noch eine ganze Generation lang nicht sein. Vorläufig muss Berlinguer, so demokratisch er auch immer denken mag, Kommunist bleiben, um seine Gefolgsleute bei der Stange zu halten.

Das ist aber nur die halbe Geschichte. Italien mag ein Land im Umbruch sein, ein rückständiges Land wie Russland ist es nicht. Es ist die siebentstärkste Industriemacht der Welt mit einer reichen kulturellen Tradition und einer sich rasch modernisierenden Gesellschaft. Einzelne Teile dieser Gesellschaft haben vielleicht noch eine Kommunistische Partei nötig, doch schon in der nächsten Generation werden sie bereit sein für eine soziale Demokratie – wenn sie dann noch die Wahl haben. Manche Italiener brauchen die Kommunisten, Italien als Ganzes aber braucht die Freiheit, dieses Bedürfnis zu überwinden und sich künftige Entscheidungen offen zu halten. Das letzte, was Italien brauchen kann, ist ein bolschewistischer Putsch, der die Kommunisten an die Macht brächte und die soziale Entwicklung in dem besonders unerfreulichen Stadium des Bedürfnisses nach Disziplin und Hingabe einfrieren würde.

Die grosse Bedeutung Berlinguers liegt darin, dass er sich dessen bewusst zu sein scheint. Er kann aus den Kommunisten keine Sozialdemokraten machen, aber er ist sich darüber im klaren, dass sie als Kommunisten einen positiven Beitrag eher im Amt als an der Macht leisten können, indem sie an der Demokratie teilnehmen, anstatt sie zu vernichten. Sein Eurokommunismus ist kein mutiger neuer Glaube und auch noch kein achtbarer Weg für die alternden Ex-Getreuen, ihren mutigen alten Glauben mit einem frischgewaschenen Gewissen wiederzuerlangen. Mit seiner Mischung von Hingabe, Disziplin und Diktatur wird der Kommunismus stets bestenfalls ein notwendiges Werkzeug des Übergangs und nicht ein Modell für eine reife Gesellschaft sein. Aber Berlinguers Modell eines Kommunismus, der nicht anstelle, sondern innerhalb der Demokratie wirkt, könnte dieses Werkzeug verfügbar machen, ohne ein künftiges Wachstum zu gefährden.

Das ist die Option, für die sich Berlinguer, Segre und andere kommunistische Reformer Italiens anfeuernd einsetzen. Die Möglichkeit ist attraktiv und ihre Aufrichtigkeit überzeugend, obwohl alte Posen, Gewohnheiten und Assoziationen einem das Zutrauen immer wieder erschüttern. Wenn zum Beispiel eine Kommunistische Partei für Demokratie optiert, werden die Sozialdemokraten ihre natürlichen Alliierten. Berlinguer aber hielt keine Konsultationsrunden mit dem Österreicher Bruno Kreisky, dem Bundesdeutschen Helmut Schmidt, dem Briten Harold Wilson oder dem Schweden

Olof Palme ab. Vielmehr nahm er an einer Konferenz kommunistischer Parteien teil, die von der Sowjetunion in Ostberlin einberufen wurde und an der Leute wie Gustav Husák aus der Tschechoslowakei oder Ceausescu aus Rumänien mitmachten, die man nicht gerade als Freunde der Freiheit bezeichnen kann. Berlinguer verteidigte zwar seinen Standpunkt vor ihnen, doch seine Anwesenheit bestätigte seine Abhängigkeiten, aus denen er sich nicht lösen könnte, ohne die Unterstützung seiner Partei zu verlieren.

Während ferner Berlinguer die Notwendigkeit der NATO zum Schutz der italienischen Kommunisten vor den Sowjets anerkannte, schnitt der Redaktor seiner eigenen Parteizeitung, *L'Unità*, beim Abdruck des Interviews diesen Passus heraus. Zuvor hatte Georges Marchais Berlinguers Erklärung demokratischer Grundsätze mitunterzeichnet – der Vorsitzende jener französischen KP, die den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei zwar tadelte aber die «Normalisierung» hinnahm und die israelische Geiselfreiung in Entebbe verurteilt hatte. Berlinguer, mit seinem Michael-Harrington-Lächeln, seiner offenkundigen Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit, erweckt Vertrauen; die Politik die er vorschlägt, erweckt Hoffnung. Seine Verbündeten erwecken keins von beiden.

Aber solche, wenn auch ernsten Bedenken sind vielleicht allzu akademisch. Nicht die Ost-West-Beziehungen, sondern die italienischen Bedürfnisse sind der entscheidende Faktor, und was Italien heute mehr als alles andere braucht, ist eine Regierung. Ein ausgedehntes Interregnum, verbunden mit dem Zusammenbruch der Infrastruktur, nützt niemandem als den härtesten Vertretern der harten Linie, die einen solchen Zusammenbruch erwarten, um die Macht ergreifen und ihren Willen durchsetzen zu können. Die Erhaltung der Demokratie hängt in erster Linie von einer handlungsfähigen Regierungsgewalt ab, und weder die Rechte noch die Linke allein kann Italien effektiv regieren. Die Kommunisten – die jene Art donquichottescher «Regierung der wahren Linken» ansteuern, wie sie von einigen spanischen Kommunisten für Spanien empfohlen wird – könnten Italien ebensowenig regieren wie eine christdemokratische Rechtsregierung, selbst wenn die eine oder andere Partei dafür genügend Stimmen zusammenzukratzen vermöchte. Um die Probleme Italiens wirksam anzupacken, brauchte eine Regierung die Unterstützung der Kirche *und* der Gewerkschaften, des westlichen Kapitals *und* der italienischen Arbeiter. Sicherlich wäre es angenehmer, wenn die Linke aus Sozialdemokraten bestünde. Aber ohne eine Rechts-Links-Koalition geht's nicht, und die einzige bedeutsame Kraft der Linken ist die PCI.

Angesichts der christdemokratischen Begabung für das *sottogoverno* ist es sehr wohl möglich, dass eine solche Koalition unsichtbar stattfindet, wobei die Kommunisten keine Regierungsposten innehaben, sondern sich im

Austausch gegen stillschweigende Unterstützung informell an der Macht beteiligen, um beiden Seiten Verlegenheit zu ersparen. Oder aber es käme eine solche Koalition zustande und hätte eine Spaltung der Kommunisten zur Folge: Der demokratische Flügel würde sich mit den Sozialisten zu einer neuen linken Kraft zusammenschliessen, während die Liniengetreuen weiterhin das Restbedürfnis nach Disziplin und Hingabe befriedigten. Und möglicherweise ergäbe sich eine analoge Spaltung bei den Christdemokraten. Oder eine solche Koalition erweist sich solange als unmöglich, bis sowohl die Democrazia Cristiana als auch die PCI allein einmal gescheitert sind.

Der Möglichkeiten sind viele, doch die langfristige Entscheidung ist klar: Entweder kommt es zu einer verschärften Konfrontation zwischen der Rechten und der Linken, wobei jede von ihrem radikalen Flügel beherrscht wird. Das müsste schliesslich zu einem Zusammenprall führen, bei dem, egal welche Seite gewinnt, die Demokratie der Verlierer wäre. Die Alternativlösung ist die einer zunehmenden Zusammenarbeit zwischen DC und PCI; dadurch würde das Wachstum eines breiten demokratischen Zentrums gefördert, das in der Lage wäre, die radikalen Randgruppen beider Seiten in Schach zu halten. Solange die Kommunisten ein Faktor bleiben, ist der letztere Kurs trotz allen Risiken bei weitem vorzuziehen. Berlinguers demokratische Wendung, wiederum bei allen faktischen Vorbehalten, macht ihn möglich.

Italiens Krise ist letztlich nicht eine Wirtschaftskrise, auch wenn die offenkundigen wirtschaftlichen Symptome überwältigend erscheinen. Das wirtschaftliche Gebäude Italiens ist zwar in grosser Unordnung, aber strukturell gesund, und die wirtschaftlichen Leistungen des Landes sind beachtlich. Im Gegensatz zu ihrem volkstümlichen Image und sogar dem Bild, das sie sich von sich selber machen, sind die Italiener ein erfinderisches, fleissiges und gewandtes Volk mit einer unerhörten Leistungsfähigkeit – sofern sie ein Sozialgefüge zustandebringen, das es ihnen ermöglicht, diese Leistungsfähigkeit zu entfalten.

Ebensowenig glaube ich, dass die Krise psychologischer Natur ist, so sehr die Italiener es auch lieben, die Mängel ihres «Nationalcharakters» des langen und breiten auseinanderzulegen. Gewiss, die italienische Gesellschaft duldet ein paar äusserst unschöne Züge, wie etwa eine besonders widerwärtige Kombination des *machismo* eines aufgeblasenen Tyrannen mit dem *mamismo* eines greinenden Kindes. Doch auch das ist ein Übergangssymptom. Gibt man ihnen ein Zielbewusstsein, dann sind die Italiener zu grossen Taten fähig, das haben sie schon mehr als einmal bewiesen.

Heute durchdringt das Gefühl frustrierter Machtlosigkeit ganz Italien; dessen Wurzeln aber, davon bin ich überzeugt, sind im weiten Sinne ver-

fassungstreu: getreu der Art, wie eine Gesellschaft sich selbst konstituiert und regiert. Italien ist in dieser Hinsicht auch nichts Einzigartiges. Die europäischen Parlamente waren in der Regel nicht darauf eingestellt, zu regieren: das war jahrhundertlang Vorrecht und Verantwortung der Monarchen gewesen. Die Parlamente repräsentierten, sie wandten sich an – oder gegen – den Monarchen mit Rat, Zustimmung oder abweichender Meinung, aber ohne jede Führungsverantwortlichkeit. Als die Monarchien untergingen, repräsentierten die entsprechenden Parlamente weiter ... und ein europäisches Land nach dem andern machte seine ›Krise der Demokratie‹ durch, während es sich zu einem parlamentarischen System vorstastete, das nicht nur repräsentieren, sondern regieren sollte.

Jetzt ist Italien an der Reihe. Die Krise ist um so akuter, als die Italiener ihr Parlament nach dem Muster starker Monarchien formten, ohne dass sie selbst jemals eine starke Monarchie gehabt hätten. Italien war traditionell überrepräsentiert und unterregiert. Sein Problem ist es, ein System der Selbstverwaltung zu schaffen, das sowohl handlungsfähig als auch demokratisch ist.

Die Verlagerung von Wählerstimmen auf die beiden grössten Parteien könnte eine Komponente der Lösung sein, wie sie es schon in anderen europäischen Ländern war. Die Wiedergeburt der Democrazia Cristiana als reife, verantwortungsbewusste Kraft könnte die zweite sein. Und die Wendung der PCI von rhetorischer Feindseligkeit zu verantwortlicher Beteiligung am demokratischen Prozess wäre das fehlende Glied in der Kette. Der springende Punkt ist nicht, ob die Kommunisten oder die Nichtkommunisten Italien ›beherrschen‹, sondern ob Italien überhaupt beherrscht werden muss – oder ob es endlich ein System demokratischer Selbstverwaltung hervorbringt.

Das ist auch ein realistischer Ausgangspunkt für eine vorurteilsfreie Außenpolitik gegenüber Italien. Die Vorstellung eines NATO-Schutzschildes für eine Regierung, an der Kommunisten beteiligt sind, mag paradox erscheinen. Aber Amerika musste den Entschluss, Tito in seinem Widerstand gegen Moskau zu unterstützen, auch nie bereuen. Dagegen hatte es Anlass, Eisenhowers Entschluss zu bereuen, sich über die Empfehlung einer ebensolchen Politik gegenüber Ho Chi-Minh hinwegzusetzen. In Italien geht es nicht einmal darum, «die Kommunisten zu unterstützen». Jeder dritte Italiener wählt vielleicht kommunistisch, aber Italien selbst ist nicht kommunistisch und wird es auch kaum je werden, wenn es lernen kann, sich wirksam selbst zu regieren. Die Frage ist, ob der Westen, und zwar der amerikanische wie der europäische, Italien bei seiner Suche nach einer reifen demokratischen Regierung helfen oder das Land einer zerstörerischen Polarisierung entgegentreiben will.